# 1954 CHRONIK 2014

60

HWF

1954 - 2014

## HWF Chronik 1954 – 2014


### Auftraggeber

*Hallesche Wohnungsgenossenschaft „Freiheit" eG*

### Layout

*Werbebüro Maurer*

### Druck + Produktion

*Druckerei Impress Halbritter KG*

### Bildermaterial

*zur Verfügung gestellt von Mitgliedern der Genossenschaft*

# Inhaltsverzeichnis


**Die Genossenschaftsidee** 4-7
*Neuer Weg und neue Hoffnung*

**Die ersten Jahre** 8-13

**1965 bis 1972** 14-15
*Zwischen Wohnungsmangel und verordnetem Baustopp*

**1972 bis 1990** 16-19
*Staatliche Regulierung und industrieller Wohnungsbau*

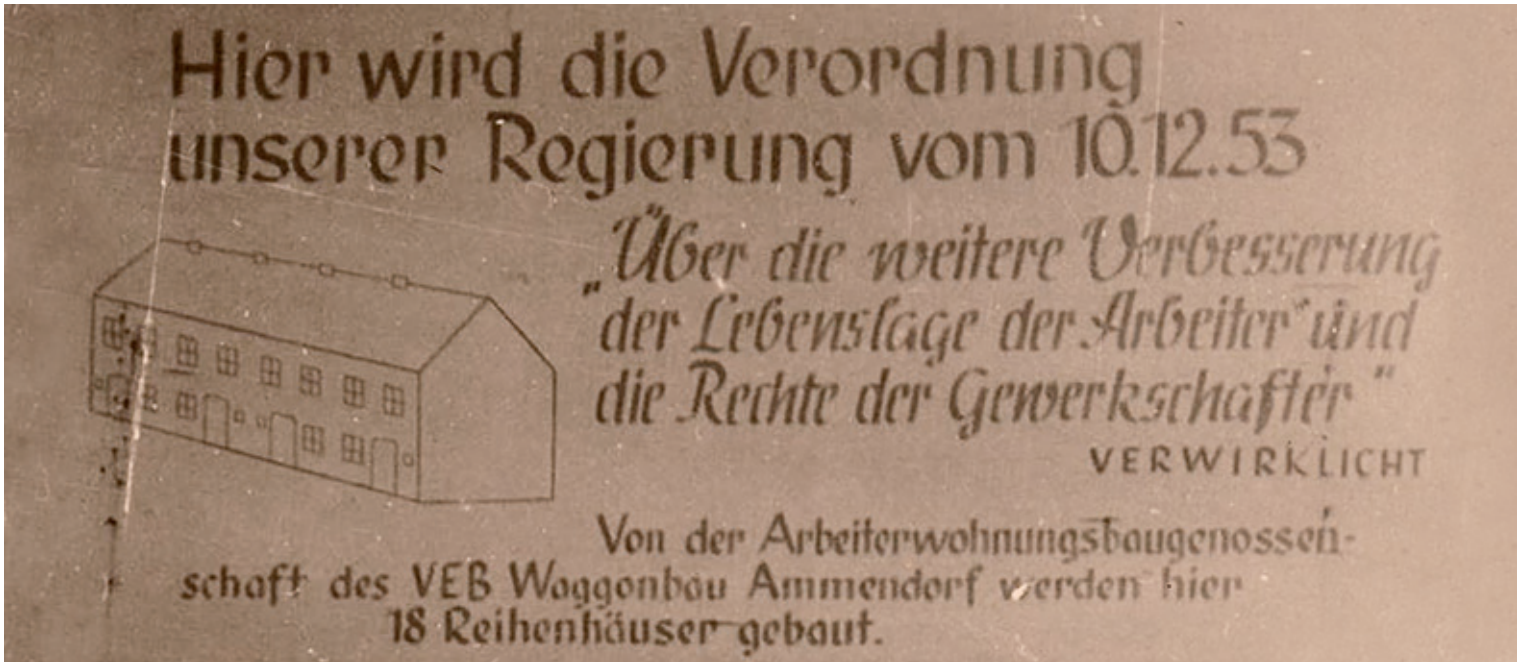
**1990 bis 1999** 20-25
*Tiefer Wandel und neuer Aufbruch*

**2000 bis heute** 26-31
*Von Rückbau, Neubau und der Wiederbelebung der Genossenschaftsidee*

# Die Genossenschaftsidee – Neuer Weg und neue Hoffnung

In der Mitte des 19. Jahrhunderts, mit Beginn der Gründerzeit, drängten immer mehr Menschen in die Städte. Neue Stadtviertel entstanden und viele Menschen wohnten dicht gedrängt in kleinen Wohnungen und engen Hinterhöfen. Viele Wohnungen waren überbelegt und die hygienischen Verhältnisse in vielen Häusern katastrophal.

In Halle entstanden große Mietshäuser mit dichter Hofbebauung, vor allem im Glauchaer Viertel und in der südlichen Stadterweiterung um den Rannischen Platz und die Thomasiusstraße. Aber auch die Arme-Leute-Häuser in der Eichendorffstraße waren hoffnungslos überbelegt. Oft wohnten drei Familien auf einem Flur, die nur eine Küche und ein Zimmer zur Verfügung hatten und sich das Fallklosett auf halber Treppe teilten.




Um die Wohnverhältnisse zu verbessern, erließ Preußen das erste Genossenschaftsgesetz im Jahre 1867. Allerdings sah dieses nur eine unbeschränkte Haftung der Genossenschaftsmitglieder vor, so dass nur wenige Genossenschaften gegründet wurden. Erst als 1889 der Reichstag ein Genossenschaftsgesetz beschloss, brachte dies für die Genossenschaftsidee den Durchbruch. Die Mitglieder hafteten nur noch in der Höhe ihrer Anteile. Damit war der Grundstein für viele Genossenschaften gelegt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Wohnungsnot erneut ein gewaltiges Problem. Die meisten Großstädte waren zerstört, vor allem die Metropolen wie Hamburg, Köln und Berlin lagen fast flächendeckend in Trümmern. Halle war noch glimpflich davongekommen und konnte, wenn auch knapp, vor der kompletten Zerstörung bewahrt werden. Aber durch die vielen Flüchtlinge war die Wohnungsnot auch in Halle groß und Einquartierungen an der Tagesordnung.

In der DDR, auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone 1949 gegründet, nahm die Genossenschaftsidee als Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft, kurz AWG, einen neuen Aufschwung. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 hatte entscheidenden Anteil daran, denn auch die große Unzufriedenheit über den eklatanten Wohnungsmangel trieb viele Menschen auf die Straße.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes setzte die Staatspartei SED auch auf die Gründung von Genossenschaften, um neuen Wohnraum zu schaffen. So wurden besondere Kredite zu Vorzugsbedingungen vergeben, um die Gründungen der Baugenossenschaften zu fördern.

Bild: Bauschild Am Breiten Pfuhl

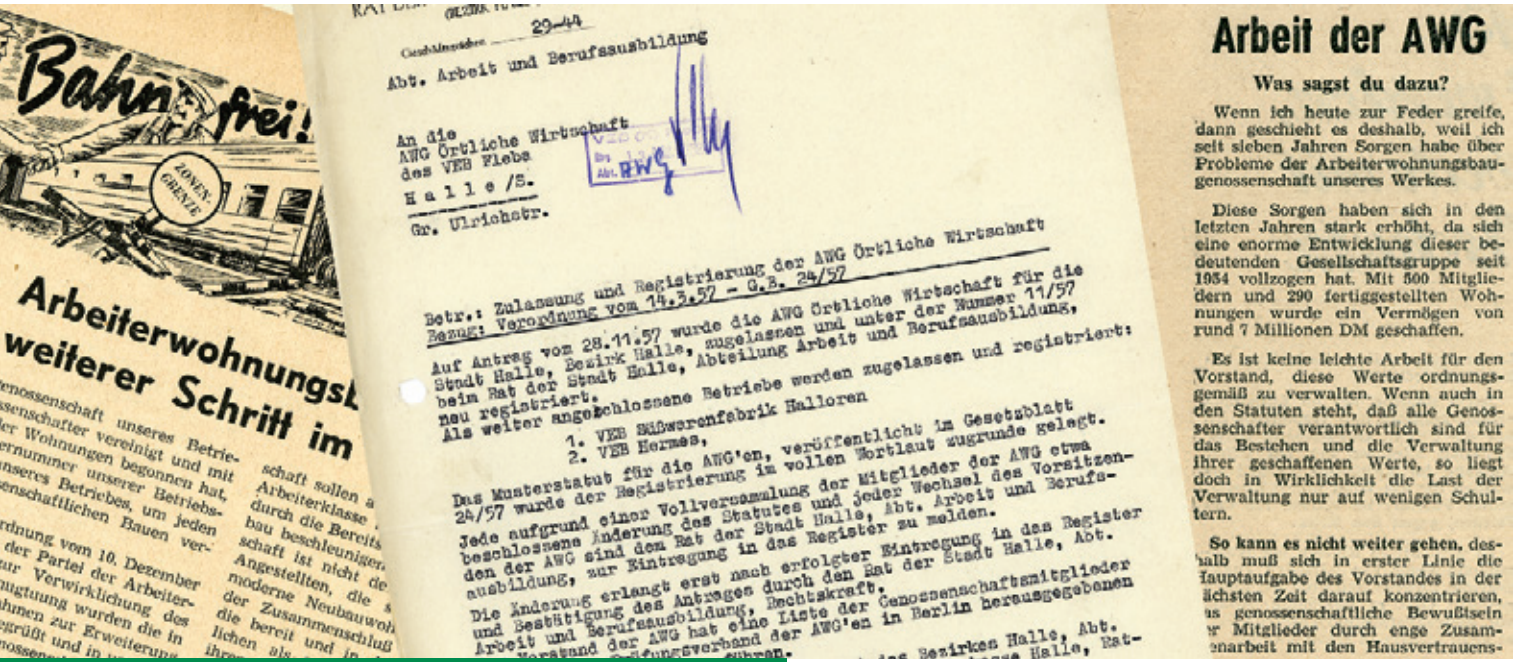
Allerdings konnten anfangs nur Industrie-Großbetriebe Trägerbetriebe sein.

Eine AWG konnten nur Arbeiter und Angestellte gründen. Ein sogenanntes Gründungskomitee musste gebildet werden. In diesem Komitee saßen auch ein Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung, kurz BGL, sowie ein Vertreter des Rates des Bezirkes (die mittlere staatliche Verwaltungsebene, entspricht etwa dem heutigen Landesverwaltungsamt). Das Gründungskomitee wählte den damals ehrenamtlichen Vorstand und die Revisionskommission. Dann musste ein ausführlicher und begründeter Antrag auf Gründung einer AWG erarbeitet und zusammen mit den geplanten Baumaßnahmen und deren Finanzierung eingereicht werden. Erst dann wurde die neue Genossenschaft zugelassen und registriert.

Im Sommer 1954 gab es bereits 127 der neu gegründeten AWG'en. Ab 1957 konnten dann auch andere Betriebe, Universitäten, Hochschulen und Massenorganisationen Träger der Baugenossenschaften sein. Diese waren selbständig und rechtlich unabhängig vom Trägerbetrieb. Sie konnten auch selbst über ihre Baumaßnahmen entscheiden. Die Trägerbetriebe unterstützten die Genossenschaften finanziell über Betriebszuschüsse, aber auch mit Material und durch Planungsleistungen. Die Mitglieder zahlten nicht nur ihre Anteile, sondern mussten auch eine festgelegte Anzahl an Arbeitsstunden in ihrer Freizeit ableisten, so 1958 für eine Zweiraumwohnung immerhin 400 Stunden.

Bilder: Ernst-Eckstein-Straße (links); erster Spatenstich Am Breiten Pfuhl, 1954/55 (rechts)

Bilder: Erdarbeiten für das Haus der Familie Hertel Am Breiten Pfuhl (links/rechts oben, links unten);
Einzug Familie Marx Am Breiten Pfuhl (rechts unten)




# Die ersten Jahre

Fünf Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften sind die „Ahnen" der heutigen Halleschen Wohnungsgenossenschaft „FREIHEIT" eG:

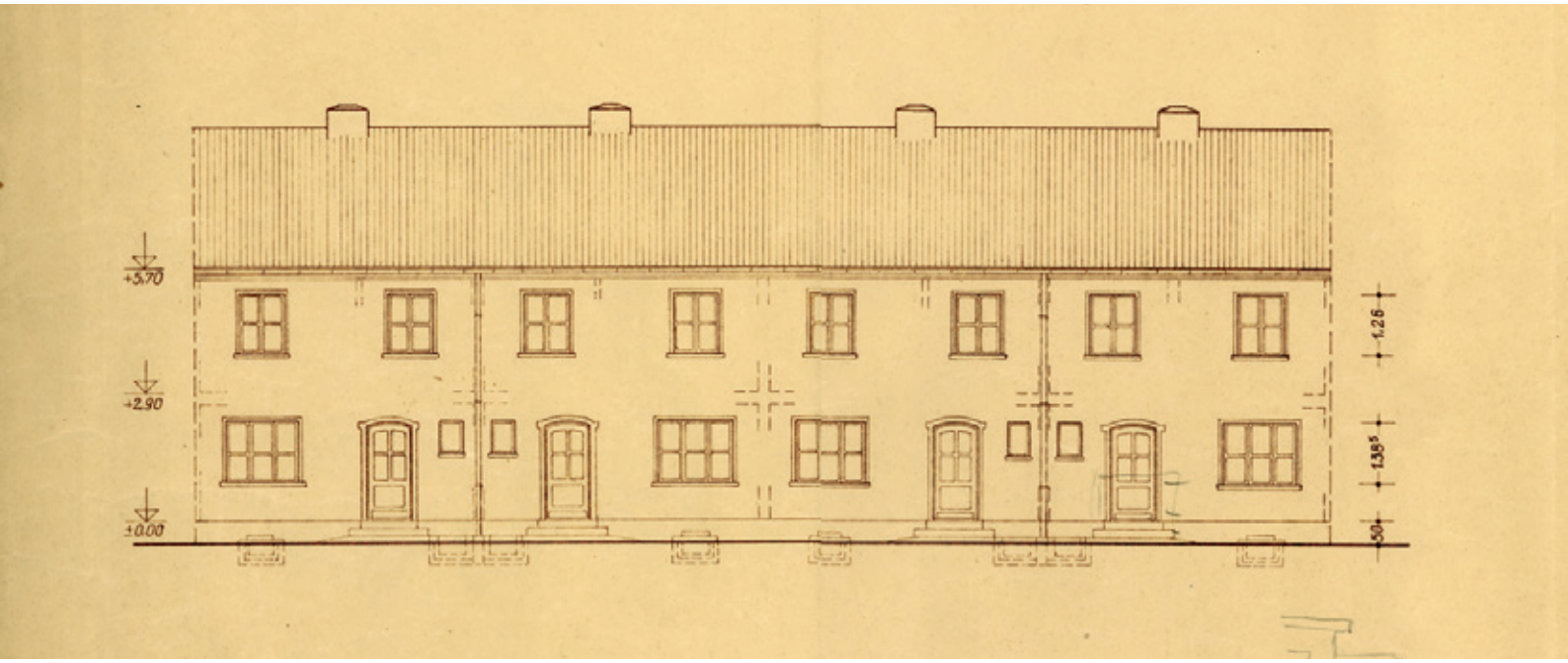
- **AWG „VEB Waggonbau Ammendorf"**, gegründet 1954
  Wohnungen in der Südstadt I und in Trotha
  (VEB = Volkseigener Betrieb – bis 1990 waren alle größeren Betriebe Volkseigentum)
- **AWG „1. Mai"**, gegründet 1954
  Wohnungen in Osendorf, Kanena und Lochau
- **AWG „Freiheit"**, gegründet 1956
  Wohnungen in der Südstadt I
- **AWG „Örtliche Wirtschaft"**, gegründet 1957
  Wohnungen in der Südstadt I
- **AWG „Aufbau"**, gegründet 1957
  Wohnungen in der Südstadt I und in Trotha

Bild: Vom Stadtrat Halle genehmigte Registrierung der AWG „Örtliche Wirtschaft" und Ausschnitte aus Betriebszeitungen

Die Gründungen der Baugenossenschaften verliefen höchst unterschiedlich. Während die im März 1954 gegründete AWG „Waggonbau Ammendorf" schon ein knappes Jahr später ihr erstes Richtfest feiern konnte, wurde der AWG „Aufbau" zunächst die Registrierung verweigert. Zu viele Angestellte im Verhältnis zu den Mitgliedern waren der Grund dafür. Erst eine neue Verordnung räumte dieses Hindernis aus. Aber nicht nur bürokratische Hürden waren zu überwinden; fehlende Verpflichtungserklärungen der Trägerbetriebe verzögerten die Bereitstellung der dringend benötigten Kredite für die AWG „Örtliche Wirtschaft". Erst zwei Jahre nach Gründung konnten die ersten Mitglieder in ihre neu errichteten Wohnungen einziehen. Und Geldmangel sollte gerade für diese AWG ein ständiger Begleiter werden: die Trägerbetriebe zahlten die Betriebszuschüsse nicht. Zum Teil waren sie einfach zu klein und die Zuschüsse überstiegen ihre Leistungsfähigkeit. 500 Mark musste ein Trägerbetrieb einmalig pro Mitglied als Betriebszuschuss aufbringen.

Materialmangel, Terminverzögerungen und schlechte Qualität – darunter litten aber alle Baugenossenschaften mehr oder weniger gleichermaßen. Baugruben und Fundamente wurden durch die Mitglieder selber ausgeschachtet, viele arbeiteten in ihrer Freizeit in den halleschen Ziegelwerken in Passendorf und Bruckdorf, um ihre Stunden abzuleisten. Das Ziegelwerk Bruckdorf startete sogar einen Aufruf, um Genossenschaftsmitglieder für die Produktion zu rekrutieren, weil es insgesamt an Ziegeln mangelte.

Bilder: Bau Diesterwegstraße (links oben); Ernst-Eckstein-Straße vor Baubeginn, 1955/56 (rechts)




Aber nicht nur die Genossenschaften vergaben Wohnungen. Häufig wurden Genossenschaftsmitglieder belächelt von denen, die eine städtische Wohnung erhielten – ohne in ihrer Freizeit Arbeitsstunden ableisten zu müssen.

Ob schlenzen, klempnern, malern – all das erfolgte in vielen Fällen durch die Mitglieder. Oft wurden Fenster und Türen unbehandelt geliefert. So musste das rohe Holz noch geölt oder lackiert werden.

Fliesen waren immer Mangelware. Wenige Jahre später wurden überhaupt keine Fliesen mehr verbaut, ein PVC-Anstrich sollte genügen. In der Südstadt I wurden zu Beginn tatsächlich Häuser mit Flachdächern geplant, weil Dachziegel fehlten.

Aber die neuen Häuser wuchsen, ob Reihenhäuser oder Mehrfamilienhäuser, und die ersten Mitglieder konnten bereits 1955 ihre Wohnungen beziehen. Es wurde auch nicht nur an den Häusern mitgebaut. Die Vorgärten und Grünanlagen legten die Mitglieder komplett selbst an und auch Garagen wurden errichtet.

Durch die Zeit auf der Baustelle, die vielen gemeinsam bewältigten Probleme und oft auch einfallsreichen Improvisationen, wuchsen Hausgemeinschaften, die sich gegenseitig nicht nur halfen und unterstützten, sondern auch zünftig zusammen feierten.

Einen Tiefpunkt für die Genossenschaften und ihre Mitglieder brachte das Jahr 1958 in Form eines Gesetzes über den zweiten Fünfjahrplan. In der DDR herrschte Planwirtschaft

Bild: Typenprojekt Eigenheime AR 511, 1954

– im Zyklus von fünf Jahren wurde vorgeplant, wie sich die Wirtschaft und die Produktion entwickeln sollten – unabhängig von der Nachfrage.

Dieser Fünfjahrplan sollte die Baustoffversorgung optimieren und die Fertigstellung von Wohnungen beschleunigen. Viele Genossenschaften planten und bauten Reihenhäuser für ihre Mitglieder. Und viele, die Anteile gezeichnet und in ihrer Freizeit unentgeltlich Arbeitsstunden geleistet hatten, freuten sich auf ihr Reihenhaus mit Garten. Mit dem Fünfjahrplan aber durften keine Reihenhäuser mehr errichtet werden, auch die geplanten wurden nicht mehr gebaut. Der Geschosswohnungsbau sollte das Wohnungsproblem lösen. Eine durchschnittliche Gesamtwohnfläche für eine Dreiraumwohnung von 55 m² wurde festgelegt und danach der Bedarf an Baustoffen kalkuliert. Damit konnten nur die festgelegten Wohnungstypen errichtet werden. Für alles andere gab es weder Material noch Kredite.

Ein Sturm der Entrüstung erhob sich unter den Mitgliedern. Eine Welle an Austritten überrollte die Genossenschaften. Allein die AWG „1. Mai" verlor in kurzer Zeit mehr als ein Drittel ihrer Mitglieder. Und die Genossenschaft war klein, nur 40 Mitglieder zählte sie danach noch.

Bilder: Garagenbau Am Breiten Pfuhl, 1954/55 (links); Beethovenstraße, 1959 (rechts)

Doch die Genossenschaften bauten weiter. Sonderausstattungen für die Wohnungen gab es keine mehr. Für jede Wohnung stellte der Staat insgesamt 24.000 Mark an Krediten bereit. Mehraufwand bei der Ausstattung oder der Hausfassade mussten die Genossenschaften aus Eigenmitteln finanzieren.

Die Maßgabe, Wohnungen mit einheitlicher Ausstattung zu errichten, führte teilweise zu kuriosen Situationen. Weil die Nachbarhäuser keine Balkone hatten, durfte die AWG „Aufbau" bei ihren ersten Bauten in der Robert-Koch-Straße auch keine Balkone anbauen.

Der erste Spatenstich 1958 für das erste große „sozialistische" Wohngebiet in Halle, die heutige Südstadt I, markierte einen Wendepunkt in der Bautätigkeit der Genossenschaften. Da alle Häuser zentral als Typenbauten errichtet werden mussten, war den Genossenschaften eine individuelle Planung nicht mehr möglich, obwohl sie andere Vorstellungen hatten.

Diese Entwicklung mündete schließlich anfangs der 60er Jahre in den industriellen Wohnungsbau, dessen Bauten bis heute die Wohngebiete im Süden und Westen von Halle prägen. Die Kritik aus den Genossenschaften heraus war groß. Die Ausstattung der Blöcke mit Flachdach ohne Trockenböden und Waschküchen sowie die nicht immer gute Qualität wurden moniert. Größter Trägerbetrieb der AWG „Aufbau", die in Trotha ihre Häuser errichtete, war ausgerechnet das Wohnungsbaukombinat. „Beschämend, was das Baukombinat seinen Mitgliedern manchmal zumutet", so damals ein Mitglied der Genossenschaft.

Bilder: Blick in den Rockendorfer Weg (links oben); Bau Elsa-Brändström-Straße (links unten); Vogelweide, russische Soldaten helfen mit beim Ausschachten der Baugruben (rechts)

Die Lage der Genossenschaften wurde in den kommenden Jahren keineswegs einfacher. Das Mitspracherecht in Bezug auf die Bautätigkeit wurde immer weiter eingeschränkt. Die Vorgabe, überhaupt keine Fliesen mehr verbauen zu dürfen, war da für die AWG „Freiheit" 1962 erst der Anfang. Ab 1963 bedeutete eine Entscheidung des Ministerrates der DDR, dass die Genossenschaft nicht mehr ausreichend Wohnungen für ihre Mitglieder errichten durfte. Durch festgesetzte Verteilerschlüssel und Wohnraumzuweisungen kamen viele Genossenschaften in diese prekäre Situation. So durfte ein junges Ehepaar ohne Kind nur eine Eineinhalb- bis Zweiraumwohnung erhalten – der zukünftige Nachwuchs blieb unberücksichtigt. Schließlich wurden Wartezeiten für eine Wohnung von 10 Jahren prognostiziert. Natürlich waren zahlreiche Austritte die Folge, da viele Mitglieder keine Chance mehr sahen, in absehbarer Zeit auch eine Wohnung zu bekommen. Vorgesehen war eigentlich eine dreijährige Wartezeit. Die AWG „Aufbau" verhängte 1963 schließlich einen Aufnahmestopp für neue Mitglieder, da abzusehen war, dass sie bis 1970 keine neuen Wohnungen mehr errichten konnte.

Schließlich fasste der Rat der Stadt Halle 1965 den Beschluss, zwei große Genossenschaften zu bilden, die dann hauptamtlich verwaltet werden sollten. Fünf Genossenschaften, die AWG „VEB Waggonbau Ammendorf", die AWG „1. Mai", die AWG „Freiheit", die AWG „Örtliche Wirtschaft" und die AWG „Aufbau" fusionierten 1965 unter dem Namen Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft „Freiheit".

Bild: Robert-Koch-Straße 4 bis 6

# 1965 bis 1972 – Zwischen Wohnungsmangel und verordnetem Baustopp

Nach der Fusion wechselten alle 147 Trägerbetriebe der fünf Genossenschaften zur neuen AWG „Freiheit". Aus den Vorstandsmitgliedern der fünf Genossenschaften wurde der neue Vorstand gewählt, so dass alle Genossenschaften dort vertreten waren, auch um die Gleichbehandlung der unterschiedlichen Wohngebiete zu gewährleisten. Zudem wurde ein hauptamtlicher Geschäftsführer bestellt und die Geschäftsstelle in die Vogelweide 32 verlegt.

Die meisten Wohnungen der neuen Genossenschaft lagen in den neu erbauten Stadtvierteln im Süden von Halle. Das heute als Südstadt I oder alte Südstadt bekannte Viertel erstreckt sich von der Murmansker Straße und der Theodor-Neubauer-Straße im Süden, der Merseburger Straße im Osten und dem Rockendorfer Weg im Westen. Im Norden grenzt das Viertel an die Bebauung der dreißiger Jahre im

Bild: Ernst-Eckstein-Straße, 1968

Bereich der Vogelweide. Im Norden der Stadt liegt bis heute ein kleines Wohngebiet in Trotha mit der Plutostraße und der Victor-Klemperer-Straße. Ein weiteres kleines Gebiet lag in Kanena mit Mehrfamilienhäusern in der Wallendorfer Straße und Reihenhäusern in der Straße Zur Sternwarte; in Osendorf standen vier Reihenhäuser in der Dreililienstraße sowie vier Reihenhäuser im Waldweg in Lochau. Diese kleinen Bestände am Rande der Stadt stammten von der AWG „1. Mai" und der AWG „Solidarität" aus Zwintschöna, die sich ebenfalls der neuen Genossenschaft anschloss und 24 Wohnungen einbrachte. Die Reihenhäuser Zur Sternwarte und am Waldweg sind mittlerweile verkauft; von den vier Reihenhäusern in der Dreililienstraße gehören heute noch zwei der Genossenschaft.

Durch die Fusion 1965 zählte die AWG „Freiheit" 2.354 Mitglieder und 2.058 Wohnungen. Die 157 Wohnungen in Trotha verfügten bereits über eine Zentralheizung, während die anderen 1.901 Wohnungen mit Kohleöfen beheizt wurden. 1.659 Wohnungen waren mit einer Einbauküche ausgestattet.

296 Mitglieder warteten noch auf ihre vier Wände. Zu dieser Zeit beschloss der Rat der Stadt Halle, dass alle Mitglieder, die bis 1970 keine Wohnung erhalten konnten, zur zweiten neuen Genossenschaft, der AWG „Frohe Zukunft", wechseln mussten. Die AWG „Freiheit" durfte bis 1970 keine Wohnungen mehr errichten. Dadurch sank auch die Mitgliederzahl bis 1971 auf 2.262.

Durch diesen „verordneten Stillstand" – der Bedarf an Wohnungen war in Halle ja weiterhin sehr groß – beschränkte sich die Genossenschaft auf die Verwaltung sowie die Instandhaltung und Pflege der Häuser und Grundstücke. Der Mangel an Handwerkern und Material blieb. Eine eigene Handwerkerbrigade wurde gebildet, um die notwendigen Reparaturen ausführen zu können. 1968 gehörten zwei Maurer, vier Klempner, drei Maler, ein Schlosser und zwei Ofensetzer zur Brigade. Zudem wurde 1969 der Reparaturstützpunkt in der Jonasstraße 5a erweitert.

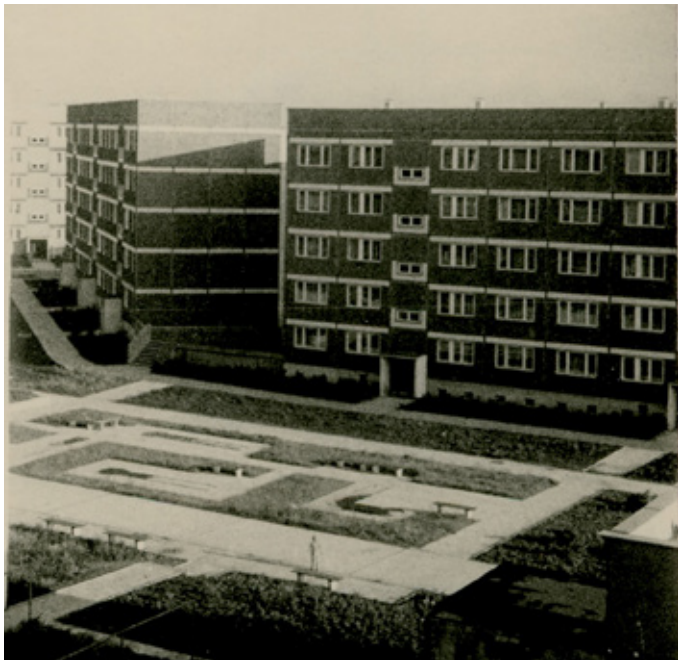
Bilder: Moskauer Straße/St. Petersburger Straße (links); Vogelweide Küche und Bad (rechts)

# 1972 bis 1990 – Staatliche Regulierung und industrieller Wohnungsbau

Im Oktober 1974 wurde der Grundstein für ein neues Baugebiet gelegt, die Südstadt II. Direkt angrenzend an die alte Südstadt ist es bis heute von industriell gefertigten Plattenbauten geprägt. Für die AWG „Freiheit" bedeutete dies das Ende des Stillstands im Wohnungsbau. Allerdings errichteten nicht mehr die Genossenschaften ihre Wohnungen. Der Staat baute und wies dann den Wohnungsunternehmen, so auch unserer Genossenschaft, die errichteten Häuser oder auch einzelne Hauseingänge zu.

Die ersten 88 Mitglieder der AWG „Freiheit" und deren Familien konnten 1972 in ein elfgeschossiges Hochhaus in der Rigaer Straße 9 und 10 in Ein- bis Vierraumwohnungen einziehen. Weitere 270 Neubau-Wohnungen wurden von der Stadt für 1974 und 1975 in Aussicht gestellt.

Bild: Blick vom Rockendorfer Weg auf die Rigaer Straße



In den ersten Jahren bis 1979 wurden vorwiegend Dreiraumwohnungen mit etwa 62 m² Wohnfläche in fünfgeschossigen Blocks errichtet. Fast alle Wohnungen waren mit Balkon und Fenstern in Küche und Bad ausgestattet. Beheizt wurden die Wohnungen über Fernwärme. 1.707 Wohnungen nahm die Genossenschaft in diesem Zeitraum in der Südstadt II in Besitz.

Trotz der Forcierung des Wohnungsbaus mit der Errichtung von Halle-Neustadt ab 1964 durch kommunale Wohnungsunternehmen und der Ausweisung neuer Baugebiete im Süden der Stadt mit dem Wohngebiet Südstadt II blieb die Wohnungsnot groß. Die großen Chemie-Kombinate BUNA und Leuna zogen Tausende Menschen an, die untergebracht werden wollten. Immer neue Flächen mussten entwickelt werden, um darauf Wohnungen zu errichten. Schließlich wurden auch auf dem Gelände der Franckeschen Stiftungen, deren ehemaligen Gärten und Anbauflächen, mehrere elfgeschossige Wohnblocks errichtet, drei davon mit 129 Wohnungen für die AWG „Freiheit".

Ab 1980 wurde ein weiteres Baugebiet in Halles Süden ausgewiesen, die Silberhöhe. Auf einem kleinen Flecken gleichen Namens ließ die Stadt alte Wohnkaten abreißen, einen kleinen Friedhof verlegen und zahlreiche Schrebergärten beräumen. Bis 1985 wurde das Gebiet mit industriell gefertigten Gebäuden bebaut und erstreckte sich von der Südstadt II bis zum alten Dorf Beesen. Durch zahlreiche elfgeschossige Gebäude entstanden regelrechte Höfe, in deren Mitte Kindertagesstätten oder Spielplätze errichtet wurden. Viele dieser Wohnblocks mussten schnell gebaut werden, oft zu Lasten der Qualität. Der Grund für diese Eile

Bilder: Blick aus der Amsterdamer Straße 48 (links oben); Grillfest Pekinger Straße 4, 1983 (rechts)

war das baldige Ende des von der SED verkündeten Wohnungsbauprogramms, das 1990 beendet sein sollte und bis dahin jedem Bürger eine angemessene Wohnung in Aussicht stellte.

3.527 Neubauwohnungen wurden alleine für die AWG „Freiheit" bis 1985 auf der Silberhöhe errichtet. Nur die Wohnungen im I. bis IV. Wohnkomplex wurden zum großen Teil entsprechend denen der Südstadt II ausgestattet – mit Tageslichtküchen und -bädern. Alle danach errichteten Wohnungen hatten eine innen liegende Nasszelle als Bad und eine fensterlose Küche mit einem hölzernen und teilweise verglasten Küchenschrank zum Wohnzimmer, der sogenannten „Durchreiche".

Trotzdem war bei den Mitgliedern und Familien, die ihre neue Wohnung beziehen konnten, die Freude groß. Schließlich hatten sie jahrelang gewartet und in der Freizeit Arbeitsstunden leisten oder abzahlen müssen. Von der Möglichkeit, die zu erbringenden Arbeitsstunden finanziell abzugelten, machten Mitte bis Ende der achtziger Jahre immer mehr Mitglieder Gebrauch. Durch die industriell gefertigten Häuser gab es auf der Baustelle eigentlich kaum noch Möglichkeiten, Stunden abzuleisten. 1986 gab es eine weitere Fusion, diesmal mit der GWG „Ammendorf". Auch diese Genossenschaft war mit 161 Wohnungen zu klein und erhielt dadurch zu wenige Zuschüsse, die für die Eigenständigkeit nicht ausreichten.

Als letztes Plattenbaugebiet Halles wurde ein Gebiet nördlich der Dölauer Heide in unmittelbarer Nähe der Blumenausiedlung, einem von Eigenheimen geprägten Gebiet, ausgewiesen. In dem Heide-Nord genannten Viertel erhielt die AWG „Freiheit" bis 1988 720 Wohnungen. Diese waren

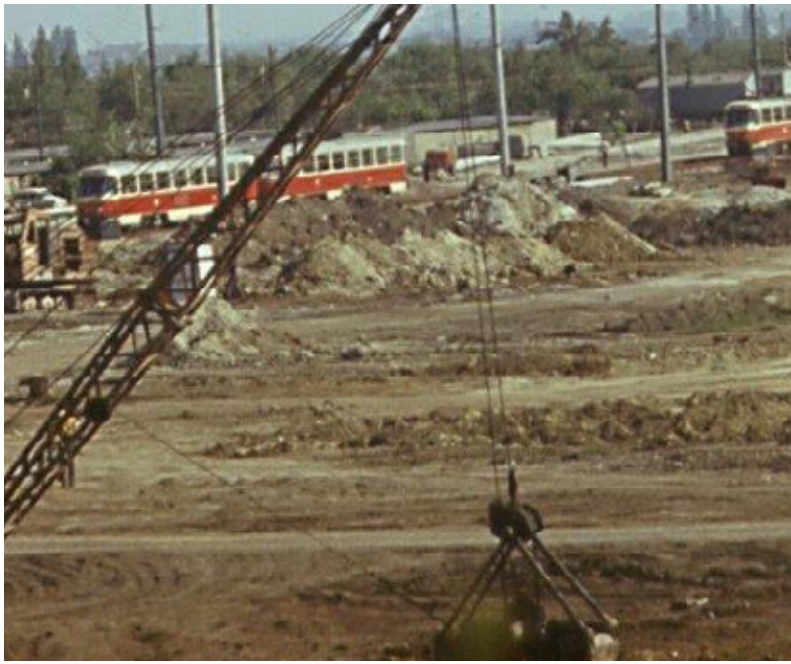
großzügiger gehalten als die Wohnungen im Süden. Zwar wurden die Bäder auch als innen liegende Nasszelle ausgeführt, die Küchen aber waren wesentlich größer und mit Fenster ausgestattet. Zudem boten die Balkone mit einer Länge von sechs Metern wesentlich mehr Platz.

8.400 Mitglieder zählte die Genossenschaft zu dieser Zeit und sie hatte 8.000 Wohnungen im Bestand. Und doch warteten noch 400 Mitglieder auf eine Wohnung, deren Wunsch in absehbarer Zeit nicht erfüllbar war. Und wie schon einmal, im Jahr 1965, musste die Genossenschaft einen Aufnahmestopp beschließen, weil mit der Bebauung Heide-Nords der Wohnungsbau beendet wurde. Nur einzelne kleinere Gebäude mit insgesamt 50 Wohnungen wurden im Glauchaer Viertel als Lückenbebauung für die AWG „Freiheit" zwischen 1989 und 1990 noch errichtet.

Bild: Blick aus der Amsterdamer Straße 48, 1977

Viele Wohnungen waren gleich oder zumindest ähnlich in Bezug auf Zimmergrößen und Ausstattung. Ungeachtet dessen lebten Menschen mit unterschiedlichstem Einkommen und aus verschiedenen sozialen Schichten, die es auch in der DDR gab, oft direkt nebeneinander. In vielen Häusern bildeten sich Hausgemeinschaften, die sich regelmäßig trafen, gegenseitig halfen und unterstützten und auch gemeinsam ihren Hauseingang und die Vorgärten pflegten und in Ordnung hielten.

Der politische und gesellschaftliche Wandel nach 1989 sollte aber über viele Jahre dieses Gefüge verändern.



Bilder: Blick aus der Amsterdamer Straße 48, Errichtung Wohnblock Rigaer Straße, 1977-78 (oben); Bauplatz Südstadt (unten)

# 1990 bis 1999 – Tiefer Wandel und neuer Aufbruch

Mit dem historischen Vollzug der deutschen Einheit am 03. Oktober 1990 und den damit einhergehenden Verträgen änderte sich für die AWG „Freiheit" eigentlich alles. Das in der DDR gültige Genossenschaftsgesetz wurde ersetzt durch neue Regelungen, die das alte Genossenschaftsgesetz wieder in Kraft setzten. So gab es eben keine Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften mehr – die Firmierung musste geändert werden.

Hallesche Wohnungsgenossenschaft „Freiheit" e. G. hieß die Genossenschaft nun, nach dem Eintrag am 07. August 1992 im Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Halle-Saalkreis. Das „Freiheit" im Namen, seinerzeit übernommen vom einstigen Trägerbetrieb, der halleschen Lokalzeitung „Freiheit", stand nun für sich selbst und erinnert an den großen Wunsch der Menschen nach einer freien Ge-

Bild: Blick aus der Philipp-von-Ladenberg-Straße

sellschaft. Er steht aber auch für das Ringen mit den Problemen, die mit dieser Freiheit einhergingen und die weitaus gravierender für die Genossenschaft waren, als es Material- und Handwerkermangel jemals sein konnten.

Durch die Währungsreform mit Einführung der D-Mark in den neuen Bundesländern halbierten sich die Einlagen und Verbindlichkeiten der Genossenschaft. Die Anteile der Mitglieder wurden hingegen 1:1 umgestellt. Die Eröffnungsbilanz mit der neuen Währung wies folgendes aus:

8.459 Mitglieder, 8.387 Wohnungen, 209 Garagen, 79 Mitarbeiter, 113,6 Mio. DM Eigenkapital, 131,3 Mio. DM Altschulden.

Staatliche Unterstützung gab es keine mehr: keine Subventionen, aber auch keine Zuschüsse von Betrieben. Die Genossenschaft war auf sich gestellt und dies bedrohte ihre Existenz. Die niedrigen Mieten, die in der DDR gezahlt werden mussten, deckten nur etwa 15 % der anfallenden Gesamtkosten und blieben die einzige Einnahme.

Der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft und mit ihm auch der Vorstand und der Aufsichtsrat der Genossenschaft bemühten sich mit Nachdruck um eine politische Lösung. 1991 traten dann in den neuen Bundesländern die erste Grundmietenverordnung und die erste Betriebskosten-Umlageverordnung in Kraft. Erstmals erhöhte die Genossenschaft ihre Mieten – seit ihrem Bestehen. Und erstmals wurden Betriebs- und Heizkosten im Voraus gezahlt. Auch das hatte es in der DDR nicht gegeben.

Bilder: Blick vom Haus Am Hohen Ufer 10 auf dem Riedweg 27 (links); Blick aus dem Riedweg auf die Schilfstraße (rechts)

Die Mieteinnahmen stiegen zwar – auch durch die zweite Grundmietenverordnung von 1993 – aber eben auch die Ausgaben. Personalkosten, Investitionen in EDV-Anlagen und Technik und auch Schulungen für die Mitarbeiter wollten bezahlt werden und die großen Investitionen in den Wohnungsbestand standen erst noch an.

Auch viele Mitglieder waren verunsichert. Private Existenzängste kamen zu den Mietsteigerungen oft noch dazu. Für viele kollidierte die Aussage der Satzung „Überlassung von Wohnraum zu angemessenen Preisen" mit den Mieterhöhungen durch die Genossenschaft. Die Wohnung, jahrzehntelang unkündbarer Bestandteil der eigenen Existenz, verlor in den Augen vieler Mitglieder diese Sicherheit.
Die Grundstücke, auf denen die Häuser der Genossenschaft und Nebenanlagen wie Garagen und Stellplätze standen, gehörten dem Staat. Nach dem Einigungsvertrag 1990 sollten die für Wohnzwecke genutzten Grundstücke in das Eigentum der Wohnungsgenossenschaften übergehen. Im gleichen Jahr stellte die Hallesche Wohnungsgenossenschaft „Freiheit" e. G. einen entsprechenden Kaufantrag beim Liegenschaftsamt der Stadt Halle. 1992 schließlich wurde der erste Kaufvertrag unterzeichnet; 1993 wurde die Genossenschaft dann Eigentümerin. Wichtig war dies vor allem für die Möglichkeit einer Beleihung zur Aufnahme von Krediten und für Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen.

Der Instandhaltungsrückstand war immens. Die kleine genossenschaftseigene Handwerkerbrigade konnte Reparaturen durchführen, aber natürlich keine komplexen Sanierungen. In der DDR waren alle Ressourcen, die den Woh-

Bilder: Friedrichstraße vor und nach der Sanierung

nungsunternehmen zur Verfügung standen, in den Neubau von Wohnungen geflossen. Die ersten Mehrfamilienhäuser der Wohnungsgenossenschaft „Freiheit" waren 1955 erbaut worden. Aber auch die Plattenbauten, selbst die vor wenigen Jahren in der Silberhöhe errichteten, mussten bereits saniert werden, so mangelhaft war deren Qualität.

1992 begann die Genossenschaft mit Drempelsanierungen bei den Blöcken in der Südstadt II und der Silberhöhe. Die vorhandene Taubenplage musste bekämpft, Dämmschichten mussten eingebracht und die Dachhaut teilweise erneuert werden.

Durch die damals sehr hohe Wasserhärte in Halle waren die Rohrleitungen brüchig geworden. Obwohl teilweise in den achtziger Jahren bereits saniert, nahm die Zahl der Rohrbrüche drastisch zu. Bis 1996 sanierte die Genossenschaft die Wasserleitungen im gesamten Bestand der Südstadt II, der Silberhöhe, in Trotha und den Elfgeschossern in der Voßstraße. Wassersparende Spülkästen wurden gleich mit eingebaut.

Die neue Heizkostenverordnung verpflichtete die Wohnungsunternehmen, bis Ende 1995 Heizung und Warmwasser verbrauchsabhängig zu erfassen und entsprechend abzurechnen. Die teilweise vorhandenen Konvektortruhen ließen sich nicht umrüsten und mussten ausgebaut werden, so dass alleine diese Verordnung umfangreiche Investitionen in die Heizungs- und Warmwasserinstallationen auslöste. Heute so selbstverständliche Technik wie Wasseruhren, Thermostatventile und Heizkostenverteiler mussten erst im gesamten Bestand installiert werden. Dazu kamen noch Hausanschlussstationen und Regeltechnik, die erneuert werden mussten.

Die ersten Komplexsanierungen begannen 1994 in der Südstadt I. Neue Fenster und Elektroanlagen wurden eingebaut, die Treppenhäuser renoviert und die Fassaden mit Wärmedämmsystemen saniert und gestrichen. Dazu wurden die Dächer gedämmt und neu eingedeckt sowie die Balkonverkleidungen erneuert. Allein in diesem Viertel sanierte die Genossenschaft 1.817 Wohnungen.

Auch in den Plattenbauten gab es Sanierungsmaßnahmen. Neue Fenster und Haustüren mit Sicherheitsschließtechnik wurden eingebaut, Briefkastenanlagen installiert und Treppenhäuser aufgewertet. Zwischen 1992 und 2003 investierte die Genossenschaft 138,3 Millionen Euro in den Wohnungsbestand.

Bilder: Carl-Schurz-Straße vor und nach Sanierung

Für Kleinreparaturen wurden ab 1993 nur Fremdfirmen verpflichtet. Durch die umfangreichen Sanierungen ging auch der Reparaturaufwand zurück. Ein eigenes Handwerkerteam war nicht mehr rentabel.

Gegen Ende der neunziger Jahre warf eine neue große Herausforderung ihre Schatten voraus – der zunehmende Leerstand. Die Zahl der Wohnungsabnahmen hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt in etwa verdoppelt. Durch die Sanierungen der großen Gründerzeitviertel und der Quartiere in den altstädtischen Gebieten standen insgesamt immer mehr Wohnungen zur Verfügung. Für viele galten diese Viertel als attraktiver und die Grundrisse und Zimmergrößen variierten viel stärker als die Typenwohnungen in den Plattenbauten.
Auch der immer gravierendere Einwohnerverlust der Stadt trug zu einem erheblichen Überschuss an Wohnungen bei, vor allem ausgelöst durch die Abwanderung in die alten Bundesländer und den Eigenheimbau in den umliegenden Gemeinden. Dieser Trend, weg von der Stadt hin auf das Land zu ziehen, verfestigte sich in diesen Jahren. Hatte die Stadt 1990 noch mehr als 310.000 Einwohner, waren es 1999 nur noch knapp 255.000. Diese Zahl sollte in den folgenden Jahren auf 232.000 sinken. Erst ab 2010 stabilisierte sich die Einwohnerzahl.

Um endlich alle Unternehmensbereiche unter einem Dach zu vereinen und eine zentrale Anlaufstelle für die Mitglieder zu schaffen, kaufte die Genossenschaft von der Stadt eine alte Kindertagesstätte in der Freyburger Straße, um diese als neue Geschäftsstelle auszubauen. Moderne Büros entstanden, ein Fahrstuhl wurde angebaut und die Fassade gedämmt. 1996 konnte die neue Geschäftsstelle dann eingeweiht werden.

1997 wurde zusätzlich in der Innenstadt, in der Großen Steinstraße in der Nähe des Stadtbades, ein Vermietungsshop eröffnet. Mitglieder und Interessenten sollten auch im Zentrum der Stadt die Möglichkeit haben, Mitarbeiter der Genossenschaft zu sprechen und sich beraten zu lassen. Servicebüros in der Elsteraue, dem ehemaligen VIII. Wohnkomplex der Silberhöhe, sowie in Heide-Nord ergänzten dieses Angebot.

Ab 1997 bildete die Genossenschaft Auszubildende als Kaufleute in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft aus und erhielt 1999 von der IHK Halle-Dessau die Auszeichnung „Bester Ausbildungsbetrieb". Seitdem bietet die Genossenschaft regelmäßig Ausbildungsplätze an.

Bild: Geschäftsstelle in der Freyburger Straße 3, 1990

Viele Genossenschaften waren durch die zu DDR-Zeiten aufgenommenen Kredite stark verschuldet. Mit dem Altschuldenhilfegesetz von 1993 wurde eine politische Lösung gefunden, die Zinslasten zu senken und die teilweise immense Verschuldung zu reduzieren. Im Gegenzug verpflichteten sich die Genossenschaften, ihren Wohnungsbestand zu reduzieren und mindestens 15 % ihrer Wohnungen bis 2003 zu verkaufen. Die ostdeutsche Wohnungswirtschaft wurde so insgesamt um 31 Milliarden D-Mark entlastet. Durch die notwendigen Investitionen in den Wohnungsbestand war die eigentliche Entlastung jedoch wesentlich geringer.

Die Auflagen aus dem Altschuldenhilfegesetz erwiesen sich jedoch für viele Wohnungsunternehmen als große Hürden, so auch für unsere Wohnungsgenossenschaft mit 131,3 Millionen D-Mark Altschulden. Grundsätzlich konnte jedes Wohnungsunternehmen frei entscheiden, die Altschuldenhilfe in Anspruch zu nehmen. Das niedrige Mietniveau in den neuen Bundesländern und die hohen Sanierungs- und Investitionskosten machten die Entscheidung für die Hilfe aber meist alternativlos.

Für die Hallesche Wohnungsgenossenschaft „Freiheit" e. G. bedeutete die Verpflichtung zum Verkauf von 15 % des Wohnungsbestandes die Privatisierung von 1.254 Wohnungen mit 70.759,10 m² Wohnfläche. 1996 wurden 1.087 Wohnungen in der Silberhöhe und der Südstadt an die Konzept Privatisierungsgesellschaft mbH & Co. KG veräußert. Insgesamt konnten bis Ende 1998 1.192 Wohnungen verkauft werden; damit waren 95 % der Privatisierungsauflage erreicht. Durch die hohe Arbeitslosigkeit in Halle, den Bevölkerungsverlust der Stadt und dem daraus resultierenden hohen Leerstand war es de facto unmöglich, noch weitere Wohnungen zu verkaufen.

Die Genossenschaft stellte daher einen Antrag auf vorzeitige Bestätigung des „Nichtvertretenmüssens" bei Nichterfüllung der Privatisierungsauflage. Diese Möglichkeit hatte die Bundesregierung eingeräumt, um den genannten schwierigen Umständen gerecht zu werden. Für die Hallesche Wohnungsgenossenschaft „Freiheit" e. G. bedeutete dies, dass mit Bestätigung des Antrags die Privatisierungsauflage als erfüllt galt; der eigentliche Schlusstermin für die Privatisierung wurde von 2003 auf 1999 vorverlegt.

Bilder: Moskauer Straße

# 2000 bis heute – Von Rückbau, Neubau und der Wiederbelebung der Genossenschaftsidee

Durch den Einwohnerverlust der Stadt Halle, den prognostizierten weiteren Bevölkerungsrückgang sowie durch die Sanierung der Altstadt und der gründerzeitlichen Wohnviertel erhöhte sich der Leerstand vor allem in den Plattenbaugebieten drastisch. Nach einer seit 1992 geführten Studie sollten in Halle in den kommenden Jahren mehr als 5.000 Wohnungen vom Markt genommen werden.

Auch die Hallesche Wohnungsgenossenschaft „Freiheit" e. G. musste sich, um ihre Existenz nicht zu gefährden, von Wohnungen trennen. Vor allem in der Südstadt II und der Silberhöhe wurden Wohnblocks abgerissen; diese Stadtteile waren vom Leerstand besonders betroffen. Abgerissen wurden z. B. 120 Wohnungen im Riedweg 4-8 und 43 Wohnungen in der Züricher Straße 43, je 129 Wohnungen in der Hanoier Straße 8-10 und in der Querfurter Straße

Bild: Neubau Beesener Straße, 2012

28-32, je 43 Wohnungen in der Brüsseler Straße 27 und 29 sowie 86 Wohnungen in der Ernst-Weinert-Straße. Weitere Objekte folgten in Heide-Nord, in der Südstadt II und auf der Silberhöhe.

Alle zum Abriss bestimmten Wohnblocks mussten leer gezogen werden. Einige Mitglieder verließen daraufhin die Genossenschaft, eine Vielzahl erhielt Wohnungen in sanierten Häusern. Der unvermeidliche Auszug aus der Wohnung bedeutete für viele der betroffenen Mitglieder neben dem Verlust der vertrauten Umgebung auch Unannehmlichkeiten und Kosten. Für die Existenz der Genossenschaft war der Rückbau aber unumgänglich. Für jeden abgerissenen Quadratmeter Wohnfläche wurden entsprechend Altschulden erlassen. Und nur durch die Anpassung des Wohnungsangebots an die weiterhin schrumpfende Nachfrage konnten die Wohnungsunternehmen ihre wirtschaftliche Existenz sichern.

Der fortschreitende demografische Wandel bot aber auch die Chance, neue Wohnformen zu entwickeln und zu etablieren. Das Haus Weißenfelser Straße 45 war das erste, das die Genossenschaft speziell für Senioren vorhielt: mit Fahrstuhl für alle Etagen und einer Rollstuhlrampe. Zudem ist im Haus ein Pflegedienst ansässig, eine Kurzzeitpflegestation gab es 14 Jahre lang auch. Diese Vorteile überzeugten – das Haus war voll vermietet. Aufgrund der guten Resonanz wurden auch die Häuser Weißenfelser Straße 23 und 49 entsprechend umgebaut.

Ein weitergehendes Angebot an ältere Menschen offerierte die Genossenschaft mit dem Haus „Schöne Aussicht" in der

Bilder: Abriss Züricher Straße 43 (links oben); Fahrstuhlanbau an das Haus Weißenfelser Straße 49 (mitte oben); Umbau Linzer Straße 25 (links unten); Umbau Elsteraue 2008/2009 (mitte unten); Neubau Amsterdamer Straße 3 (rechts)

Linzer Straße 25. Bei der Sanierung und dem Umbau dieses Hauses im Jahr 2002 berücksichtigte die Genossenschaft die Anforderungen an barrierefreies, seniorengerechtes und sicheres Wohnen. Barrierefreie Bäder und Balkone, ein Aufzug, dazu ein im Haus ansässiger Pflegedienst und eine Vollzeitpflegestation sowie ein Gemeinschaftsraum schaffen ein einzigartiges Konzept für selbstbestimmtes Wohnen im Alter.

In Heide-Nord stehen seit 2007 mehrere Wohnungen für unsere erste Senioren-Wohngemeinschaft im Karpfenweg 18 zur Verfügung. Die Bewohner dort werden von einem Pflegedienst betreut.

Ab dem Jahr 2000 gibt es für die Mitglieder der Genossenschaft ein weiteres Serviceangebot. Viele Wohnungen im Bestand sind recht klein. Damit die Mitglieder eine größere Besucheranzahl einladen können, wurden insgesamt fünf Gästewohnungen hergerichtet. Diese befinden sich in der Genthiner Straße 9, Am Hohen Ufer 23, in der Warschauer Straße 27, der Voßstraße 7 und im Lindenweg 1. So ist in fast allen Wohngebieten eine Gästewohnung vorhanden.

Gerade in der heutigen Zeit, kann die Genossenschaftsidee Impulse für ein gemeinsames und verständnisvolles Miteinander geben. Um den Genossenschaftsgedanken wieder stärker zum Tragen zu bringen, wurden nach den Sanierungen Mieterfeste veranstaltet, die bis heute zur Tradition geworden sind. Zahlreiche Begegnungsstätten in den verschiedenen Wohngebieten werden unterstützt und dafür Räume in den Häusern der Genossenschaft unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Hier können sich die Mitglieder treffen, plaudern, Kaffee trinken und in vielen Fällen auch Gesellschaft und Rat finden.

Blld: Am Hohen Ufer nach der Sanierung, 2009

Seit 2012 wird einmal jährlich eine große Genossenschaftsfahrt organisiert; eine gute Gelegenheit, nicht nur andere Städte und Regionen, sondern auch einmal Mitglieder aus anderen Wohngebieten kennen zu lernen. Veranstaltungen werden organisiert und die Genossenschaft lädt zu Kaffee, Kuchen, Tanz und Kabarett ein. Lesungen und Vorträge, Ausstellungen und Vernissagen – unsere Genossenschaft ist eben nicht nur Vermieter, sondern auch Dienstleister. Es existieren weitere zahlreiche Angebote, die das Genossenschaftsleben interessant und abwechslungsreich gestalten.

Aber nicht nur Unterhaltung, auch Mitbestimmung und Mitverantwortung gehören zur genossenschaftlichen Struktur. Mieterbeiräte und eine Interessengemeinschaft haben sich gegründet und stehen im Dialog zwischen Mitgliedern und der Genossenschaftsverwaltung.

Apropos Dialog: unsere kostenlose Mitgliederzeitschrift „DIALOG" erscheint zweimal jährlich und informiert über Aktuelles aus der Genossenschaft.

Das Internet als unverzichtbarer Kanal für die Öffentlichkeitsarbeit wird intensiv genutzt – mit einer eigenen Homepage, die regelmäßig an die sich verändernden Anforderungen angepasst wird und immer auf das aktuelle Geschehen in der Genossenschaft hinweist. Seit 2012 ist die Genossenschaft auch bei Facebook online und präsentiert sich mit allen Facetten eines modernen Wohnungsunternehmens.

Mit „FreiRaum" – der Marke für junges Wohnen – spricht die Genossenschaft gezielt die jüngere Generation an. Ob Studenten, Singles oder junge Familien: im Internet und bei

Bilder: „Tanz in den Frühling" in der Begegnungsstätte „Zur Fähre", 2014 (links oben); Judoclub Halle Generationenturnier, 2014 (mitte oben); Eröffnung Waldkindergarten, 2012 (rechts); Kabarett „Die Frischzellen", 2014 (links unten); Musikalische Stadtführung, 2012 (mitte unten)

Events ist diese Marke dabei und präsentiert die auf junges Wohnen zugeschnittenen Angebote und Serviceleistungen der Genossenschaft.

Mit der Sanierung der meisten Wohnhäuser, einer abwechslungsreichen Gestaltung des Wohnumfeldes mit Grünanlagen und Spielplätzen, hat unsere Genossenschaft auch zum Stadtbild und der Attraktivität der Stadt entscheidend beigetragen. 2008 begann der Teilrückbau im Wohngebiet Elsteraue. Dazu wurden zum Teil die oberen Etagen abgetragen und zwei lange Wohnblocks geteilt. Die wärmegedämmten Fassaden sind durch attraktive, aufeinander abgestimmte Farben interessant gegliedert. Mit der Fertigstellung 2009 ist hier ein in sich geschlossener moderner Wohnpark entstanden mit viel Grün, einem eigenen neu gebauten Spielplatz und zahlreichen Stellplätzen.

Aber nicht nur äußerlich hat sich der Wohnungsbestand der Genossenschaft verändert. Viele Wohnungen haben durch umfangreiche Umbauten neue, zeitgemäße Grundrisse erhalten mit offenen Küchen und, wo gewünscht, auch zusätzlichen Zimmern. Attraktive Fußbodenbeläge in unterschiedlichen Holztönen, kreativ tapezierte Wände, geflieste Bäder mit Wanne oder modernen verglasten Duschen sind bereits in vielen Wohnungen Standard.

Mit den Neubauten in der Amsterdamer Straße 3 und der Mehrgenerationen-Wohnanlage in der Beesener Straße 26-26b hat die Genossenschaft dem Bedarf an barrierefreien und seniorengerechten Wohnungen konsequent Rechnung getragen.

Bilder: Voßstraße 7 „Francke-Tower II“, 2012 (links); Voßstraße 7, Eingangsbereich, 2012 (links oben); Bukarester Straße „Duschband im Bad“, 2013 (rechts oben); Voßstraße 5 „Francke-Tower III“, Eingangsbereich, 2013 (unten)

Das Haus „Sonnenlicht" in der Amsterdamer Straße 3 orientiert sich ganz an den Ansprüchen von Seniorinnen und Senioren mit einem großzügig gestalteten Wohnumfeld, Aufzug, Stellplätzen, nahen Versorgungseinrichtungen und der Begegnungsstätte der Evangelischen Stadtmission e. V. im Erdgeschoss.

Nach nur 15-monatiger Bauzeit konnte das Mehrgenerationenhaus in der Beesener Straße 26-26b 2012 fertiggestellt werden. Jung und Alt wohnen hier zusammen, auf einem durchgängig gestalteten Areal mit eigenem Spielplatz, Stellflächen und viel Grün. In den drei modernen Häusern gibt es 47 individuelle, barrierefreie Wohnungen mit Balkon oder Terrasse, davon sind sechs besonders auf die Ansprüche von Rollstuhlfahrern zugeschnitten. Alle Wohnungen sind über Aufzüge erreichbar.

Um neue Wege in der Gestaltung der Häuser und Wohnungen zu beschreiten, kooperiert die Genossenschaft seit 2011 mit der Kunsthochschule Burg Giebichenstein.

Für die Sanierung der drei elfgeschossigen Hochhäuser der Voßstraße, Francke-Tower getauft, entwickelten Künstler der „Burg" die Konzepte für die Fassadengestaltung und die Innenarchitektur der Foyers. Die individuelle Gestaltung der Eingangsbereiche macht jedes der Häuser zum Unikat. Zudem erhielten alle Wohnungen einen Balkon mit Blick nach Westen.

Mit dem Projekt „Musterwohnung Bukarester Straße 2" konnte ein weiteres Projekt mit der „Burg" realisiert werden. Überraschende Ideen für die Raumnutzung, die Verwendung ökologisch unbedenklicher Baustoffe, farbenfrohe Räume und eigens für diese Wohnung entwickelte Möbel lassen hier das kreative Potenzial in eine einzigartige Wohnung münden, die die Zielgruppe „Junges Paar mit Kind" begeistert.

Unser Servicebüro in der Großen Steinstraße 9 ist nur wenige Schritte vom Marktplatz entfernt. Hier finden Wohnungssuchende und Mitglieder Beratung und Hilfe. 2013 um eine Lounge und einen Schauraum erweitert, steht jetzt eine große Auswahl an Fußbodenmaterialien, Tapeten, Fliesen und Sanitäreinrichtungen zur Verfügung, um die eigene Wohnung individuell zu gestalten. Spezielle Beratungstage, auch an Samstagen, runden das Angebot ab.

Mit durchschnittlich 5 % Leerstand im gesamten Wohnungsbestand nimmt die Genossenschaft heute einen Spitzenplatz bei der Vermietung unter den Genossenschaften der neuen Bundesländer ein. Und nach den Jahren des Rückbaus sollen weitere, architektonisch anspruchsvolle, energieeffiziente Gebäude errichtet werden.

Ein schlichter Satz, aber eine einfache, noch heute gültige Wahrheit des Stammvaters der Genossenschaften in Deutschland, Hermann Schulze-Delitzsch, soll für uns auch in Zukunft wegweisend sein:

**„Mehrere Kräfte vereint bilden eine Große!"**

An dieser Stelle möchten wir allen Mitgliedern der Genossenschaft, welche durch die Zurverfügungstellung von Bildern und Dokumenten der vergangenen Zeit die Gestaltung dieser Jubiläumsbroschüre ermöglicht haben, danken.

Wir danken außerdem für die Unterstützung:

b.i.g.
EVH
Fa. Fricke
Fechner und Zinke
Geiselquelle
HELÜ Möbel
HFC
Kathi
Klaus & Mike Naumann GbR
Maler Palette Halle e.G.
Metall- und Balkonbau Hansmann GmbH
Montage und Renovierungsservice Heiko Bischoff
oeko-bau GmbH & Co.
Papenburg
Parketthandwerkerbetrieb Wagner
Pusch & Co. Elektro GmbH
STO AG
SWH
Tischlerei Wedekind
TOOM Baumarkt
VIBA Planungsbüro
Werbebüro Maurer
Würker Elektroservice